

Der Rheintaler



Stichwort

Wer war zuerst da?

Das aktuelle Altstätter Abstimmungsthema, das Bundesasylzentrum, bewegt sehr. Kurz gesagt, geht es darum, eine im Wohnquartier bestehende Asylunterkunft aufzuheben und dafür beim Regionalgefängnis eine neue zu bauen.

Auf der Redaktion treffen schriftlich und telefonisch so viele Wortmeldungen ein wie selten zu einem Thema. Einer der Hinweise bezieht sich auf einen Umstand, der zwar nicht neu, in jüngster Zeit jedoch in den Hintergrund getreten ist. Die Erinnerung an diesen Umstand kann nichts schaden, denn er betrifft eine Entwicklung, die auch sonst oft festzustellen ist. Es geht um die Frage: Wer war zuerst da? Im Altstätter Wohnquartier Unterkirli ist es das Bundeszentrum. Erst später kamen die meisten Wohnhäuser dazu – auf eher günstig abgegebenem Boden, einem einstigen Altersheimareal.

Auch Schulen, Firmen und mit klanggewaltigen Glocken ausgerüstete Kirchen kennen das Phänomen: Die Menschen lassen sich in ihrer Nähe nieder und sind anfangs gut gelaunt, als gäbe es um sie herum nur prächtige Natur.

Gert Bruderer
gert.bruderer@rheintalmedien.ch

Zwei Verletzte bei Zusammenstoss

Altstätten Zwischen Oberrieterstrasse und Kriessernstrasse sind am Donnerstagmorgen drei Autos ineinander geprallt. An den Wagen entstand Sachschaden in der Höhe von über 20 000 Franken, wie die Polizei schreibt.

Ein 53-jähriger Autofahrer fuhr auf der Alten Landstrasse in Richtung Kriessernstrasse. Bei der Abzweigung Ochsengasse wollte er links abbiegen. Da der Gegenverkehr das noch nicht zulässig, bremste er, bis das Auto still stand. Der dahinter fahrende 18-Jährige erkannte zu spät, dass das Auto vor ihm bremste und stiess mit ihm zusammen. Dieses wurde auf die Gegenfahrbahn geschoben, wo es schliesslich mit dem Auto einer entgegenkommenden 34-Jährigen zusammensties. Die Frau sowie der 53-jährige Mann zogen sich leichte Verletzungen zu. (red.)

am 27. November

Nein

Nein zu Kurzschluss-handlungen beim Atomausstieg.

www.ausstiegsinitiative-nein.ch

«Ostschweiz nie einig»

Widnau Bundeshausredaktor Hanspeter Trütsch und FDP-Ständerat Andrea Caroni sprachen am Lohnapéro über Wirtschaft und Politik – dabei kamen die Themen des Arbeitgeberverbandes nicht zu kurz.

Seraina Hess

Nur wenigen würde es wohl gelingen, den Bogen vom Rheintal über die US-Wahlen und die Masseneinwanderungs-Initiative bis zu AHV- und Unternehmensreform elegant zu schlagen – in einer halben Stunde. Doch mit Bundeshausredaktor Hanspeter Trütsch ist dem ehemaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Rheintal, René Wuffli, ein Coup gelungen. Er konnte den Journalisten für den Lohnapéro gewinnen, an dem das von ihm geführte Gespräch den Schwerpunkt des Vormittags bildete. Nicht minder wortgewandt war Trütschs Gesprächspartner, der Ausserrhoder FDP-Ständerat und Anwalt Andrea Caroni, der rückblickend auf die Lohnempfehlungen der Branchenvertreter festhielt: «Ich habe zwei Arbeitgeber: Die Kanzlei und das Volk. Eine Lohnerhöhung bekomme ich nicht.»

Kantone in der Identitätskrise

Trotz der thematischen Vielfalt des Gesprächs über Innen- und Aussenpolitik nahm Hanspeter Trütsch Bezug auf das Rheintal. Die bis heute nicht zustande gekommene Autobahnverbindung zwischen der Schweiz und Österreich habe ihn schon beschäftigt, als er vor 40 Jahren eine Stelle bei der SRG antrat. Caroni kennt das Problem; denn im einzigen Kanton, der bis jetzt keine Nationalstrassen besitzt, wartet er noch immer auf die Umfahrung Herisau. «Wir könnten gemeinsam jammern – oder gemeinsam arbeiten», sagte Caroni, und lieferte Trütsch einen Steilpass. Denn jammern, meinte der Gesprächsleiter, können die Ostschweizer gut: Man höre sie nicht in Bundesbern, lasse sie aussen



Schnell und gewieft: Bundeshausredaktor Hanspeter Trütsch (l.) interviewte Ständerat Andrea Caroni.

Bilder: Monika von der Linden/Seraina Hess

vor-gleichzeitig würden die Ostschweizer eine Chance wie die Expo ablehnen, obschon der Bundesrat seine Unterstützung zugesichert habe.

Caroni erklärte das Problem der Identitätskrise: «Es ist für uns schwierig, in Bern geeint aufzutreten, weil nur wenige gemeinsame Themen in der Bundespolitik angesiedelt sind.» Er selbst habe nach seiner Wahl in «jugendlichem Überschwang» eine Parlamentarische Gruppe Ostschweiz gegründet und damit gerechnet, jedes Jahr ein Thema umzusetzen. Weit gefehlt: «Reden wir beispielsweise von Flugverkehr, sagt der Kan-

«Ich wollte die Initiative nicht. Aber jetzt haben wir sie.»

Andrea Caroni
Ausserrhoder Ständerat (FDP)

ton Thurgau das Gegenteil von St. Gallen.»

Ein Dauerbrenner bei den Arbeitgebern bleibt die Angst vor einer Zuspitzung des Fachkräftemangels wegen der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Trütsch griff den viel diskutierten FDP-Lösungsansatz «Inländervorrang light» praxisnah auf: Was würde sich beispielsweise für die Altstätter Zünd Systemtechnik AG ändern, wenn sie künftig einen Mitarbeiter aus Österreich anstellen möchte? «Nicht viel», sagte Caroni, «denn eine Stellenmeldepflicht bestünde nur in ganz bestimmten Berufsgruppen, in

denen es eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit gibt.» Wird ein Ingenieur gesucht, sei das nicht der Fall. Möchte ein Bauunternehmen aber einen Arbeiter anstellen, muss es die Stelle dem RAV melden und geeignete Arbeitslose in Erwägung ziehen. «Ohne Zwang, einen dieser Vorschläge anzunehmen. Allerdings ist bei Ablehnung eine Begründung nötig.» Auf das Raunen im Saal reagierte Caroni prompt: «Ich will dieses Vorgehen ja auch nicht. Ich wollte auch die Initiative nicht – und jetzt haben wir sie. Die Lösung ist immer noch besser als das, was die Initiative vorschreibt.» 42



Brigitte Lüchinger
Präsidentin AGV Rheintal



Remo Sieber
CDS Bauingenieure AG



Anton Moser
Raiffeisenbank Mittelrheintal



Alex Arnold
Gemeindepräsident Eichberg



Oliver Zünd
Zünd Systemtechnik AG

AGV: Zuversicht für 2017

Obwohl der Franken nach wie vor stark ist, ist die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr insgesamt leicht positiv gestimmt. Es lässt sich ein leichter Aufschwung beobachten. In der Ostschweiz sind die Exporte in den EU-Raum im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent angestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen und Stellensuchenden wird sich im nächsten Jahr auf unverändertem Niveau halten. (vdl)

Bau: 0,5 bis 1,5 Prozent mehr

Die Auftragslage in der Rheintaler Baubranche ist leicht besser als noch vor einem Jahr. Sorgen bereiten den Unternehmen der Fachkräftemangel, politische Entscheide und die demographische Entwicklung. Bei einem unveränderten Personalbestand wird der Lohn im Jahr 2017 um 0,5 bis 1,5 Prozent über dem heutigen liegen. Es gibt aber auch Unternehmen, die eine Nullrunde in Erwägung ziehen. (vdl)

Dienstleister: Bis 0,8 Prozent mehr

Die Banken im Rheintal wollen die Gesamtlohnsumme um 0,75 Prozent erhöhen. Damit sie junge und leistungsfähige Mitarbeitende gezielt fördern können, werden sie die Verteilung individuell vornehmen.

Die Versicherungen und Treuhänder im Rheintal wollen den Lohn um durchschnittlich 0,8 Prozent anheben. Auch hier setzt man auf eine individuelle Steigerung der Saläre. (vdl)

Verwaltung: Kein allgemeiner Trend

In den Politischen Gemeinden des Rheintals müssen viele unterschiedliche Disziplinen bezüglich der Löhne berücksichtigt werden. Das gilt für das Präsidium wie für die Mitarbeitenden in der Verwaltung, im Werkhof oder in der Pflege. Da sich die meisten Gemeinden an den Vorgaben des Kantons orientieren, verzichtete Alex Arnold auf die Angabe einer Prozentzahl und erklärte die Unterschiede. (vdl)

Industrie: Bis zu 1,5 Prozent plus

Die Industrie in der Ostschweiz zeichnet ein etwas besseres Bild als es schweizweit der Fall ist. Das Wachstum ist breit abgestützt, die Aussichten sind aber uneinheitlich und durchzogen. Das wirkt sich auch auf die zu erwartende Steigerung des Lohns aus. Die Industriebetriebe sehen eine Nullrunde vor. Diejenigen, die letztes Jahr keine Lohnerhöhung gewährten, wollen jetzt bis zu 1,5 Prozent mehr auszahlen. (vdl)